

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die massiven **Hochwasserschäden** haben uns auch in dieser Woche weiter beschäftigt. Für mich steht fest, dass Soforthilfe schnell und unbürokratisch gewährt werden muss – **für Privatpersonen genauso wie für Kommunen.**

Der Freistaat Bayern soll sich dafür einsetzen, dass die Opfer der Hochwasserkatastrophe möglichst viele verschiedene finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen können. Die Geschädigten sollen auch Gelder des Fluthilfefonds aus dem Jahr 2013 beziehen können. Ursprünglich hat dieser acht Milliarden Euro umfasst, Medienberichten zufolge sind davon noch immer rund vier Milliarden Euro vorhanden.



*Prof. (Univ.Lima) Dr.
Peter Bauer, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Pflege- und Kulturpolitischer Sprecher,
Frankensprecher*

In unserem eingereichten Dringlichkeitsantrag fordern wir außerdem, dass auch Gelder aus dem Europäischen Solidaritätsfonds zur Beseitigung der Schäden im öffentlichen Raum nach Bayern fließen.

Ferner muss sichergestellt werden, dass den Kommunen im Rahmen der Förderprogramme und Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz außergewöhnliche Kosten für Personal – insbesondere Bauhofpersonal – sowie die Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur ersetzt werden.

R ü c k b l i c k

Auf einer Pressekonferenz haben wir diese Woche noch einmal eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der **Flüchtlings- und Asylsituation** in Deutschland gefordert. Diese ist primär Aufgabe des Bundes und des Freistaats Bayern. Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise dürfen daher nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben, die ihnen durch Zuwanderung und Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber entstehen. Bislang sind den Kommunen wegen Zuwanderung und Integration schon ungedeckte Kosten von knapp einer Milliarde Euro entstanden. Auch 2016 werden Städte, Gemeinden und Landkreise wieder viel Geld für die Integration von Zuwanderern aufwenden. Diese Kosten müssen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erstatten werden, da ansonsten auch Kommunen Zuwendungen erhielten, die gar keine Flüchtlinge aufgenommen haben. Dabei muss jedem bewusst sein: Integration kann nur vor Ort in den Kommunen gelingen – in den Schulen, in Vereinen oder durch das Engagement der Ehrenamtlichen.

Der Hightech-Standort Bayern darf nicht gefährdet werden! Wir fordern deshalb von der Staatsregierung, sich in Kooperation mit der Bundesregierung und im Rahmen geltender gesetzlicher Regelungen mit Nachdruck für eine nationale Lösung im Zuge einer möglichen Übernahme des Augsburger Roboterherstellers **KUKA** einzusetzen. Die Staatsregierung darf nicht tatenlos zusehen, wie ein für den Wirtschaftsstandort Bayern so bedeutendes Unternehmen durch chinesische Investoren übernommen wird, selbst wenn der Standort in Augsburg kurz- und mittelfristig gehalten werden kann. Bayerns Wirtschaftsministerin Aigner muss hier einen scharfen Kurswechsel vollziehen und sich den Bemühungen von Bundeswirtschaftsminister Gabriel anschließen, einen nationalen Investor für KUKA zu finden.

Wie geht es mit der **Lebensmittelüberwachung** in Bayern weiter? Klar ist, dass wir eine Verbesserung der Strukturen brauchen. Dies haben die jüngsten Lebensmittelskandale gezeigt. Ein Gutachten des Obersten Rechnungshofes zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung schlägt verschiedene Modelle einer Neuorganisation vor. Wir fordern in einem Dringlichkeitsantrag, die Zuständigkeit für die Kontrolle von regionalen Kleinbetrieben bei den Kreisverwaltungsbehörden zu belassen.

Notärzte müssen das Recht zur **Erteilung eines Platzverweises** erhalten! Nach der gegenwärtigen Rechtslage haben Notärzte keine Möglichkeiten, schaulustige Gaffer vom Einsatzort zu verweisen, um die Privatsphäre und Würde der Verletzten zu schützen. Sind Vertreter von Polizei oder Feuerwehr anwesend, können diese einen Platzverweis aussprechen. Ist der Notarzt aber allein vor Ort, hat er diese Möglichkeit nicht. Wir wollen nun über einen Antrag eine gesetzliche Befugnis für Notärzte zu schaffen, nach der diese während ihres Einsatzes einen Platzverweis gegenüber störenden Schaulustigen aussprechen können, wenn Polizei und Feuerwehr nicht anwesend sind.

Der Beschluss des Bundeskabinetts zum **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** ist unserer Ansicht nach energiewendefeindlich. Daher fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für Änderungen am derzeitigen EEG-Entwurf einzusetzen. Der Systemwechsel hin zu einem Ausschreibungsmodell benachteiligt vor allem Bürgerenergieanlagen, also ausgerechnet die Anlagen, die bisher vor Ort die größte Akzeptanz erfahren haben. Das Risiko, bei der Ausschreibung keinen Zuschlag zu erhalten, wird auch durch die vorgesehenen Erleichterungen im Ausschreibungsverfahren für solche Projekte nicht kompensiert. Außerdem stellt die vorgesehene Einmaldegression für bereits genehmigte Windenergieanlagen einen massiven Vertrauensbruch dar. Das im Kabinettsbeschluss vorgesehene Referenzertragsmodell benachteiligt einmal mehr Standorte im Binnenland mit einem Referenzertrag zwischen 60 und 70 Prozent.

V o r s c h a u

In der nächsten Sitzung des Umweltausschusses gibt das Umweltministerium einen Bericht zur **Hochwassersituation** in Niederbayern, Oberfranken und Mittelfranken.

Der Fall des Bosniers, der sich in seinem Heimatland für die Rettung eines schwerst misshandelten deutschen Mädchens eingesetzt hat und daraufhin selbst fliehen musste, beschäftigt seit Monaten die Menschen in ganz Bayern. Am vergangenen Mittwoch hat sich unser Abgeordneter Benno Zierer bereits für ein **Bleiberecht** des Familienvaters in Deutschland stark gemacht. Am kommenden Dienstag wird der Fall nun im Plenum behandelt. Wir werden uns auch dort dafür einsetzen, dass die Familie, die Zivilcourage gezeigt hat und deshalb ihre Heimat verloren hat, hier ein neues Zuhause findet.

Am Donnerstag, den 16.06.2016 findet die nächste Sitzung des **Untersuchungsausschusses „Modellbau“** im Bayerischen Landtag statt. In dieser Sitzung werden die ehemaligen Sozialministerinnen Barbara Stamm, jetzige Landtagspräsidentin und Christa Stewens sowie die amtierende Sozialministerin Emilia Müller vorgeladen.

Regionales



50 Jahre Blaskapelle Virnsberg

Dr. Peter Bauer gratuliert herzlich zum Jubiläum und bedankt sich für den unterhaltsamen Abend und die wunderschöne Musik!

Jubiläumsveranstaltung der Hochschule Ansbach

Dr. Peter Bauer gratuliert herzlich zum 20-jährigen Jubiläum und bedankt sich für diesen tollen Festtag!



Vernissage im Citrushaus im Hofgarten Ansbach

Ausstellung des Malers Norbert Ditt zum Thema "Erinnerungen".
Dr. Peter Bauer hielt die Laudatio.

Impressum

Marco Meier
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Frankensprecher
Pflegepolitischer Sprecher
Kulturpolitischer Sprecher
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
Weinbergstr. 47
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585
Fax: 09827 - 207586
E-mail: peter.bauer@fw-landtag.de

Internetseiten: www.frankensprecher.de
www.fw-landtag.de
www.fw-bayern.de

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)